



GEWERKSCHAFTSBUND DES KANTONS ZUG

SEKRETARIAT: NEUGASSE 7, 6301 ZUG

TELEFON 042-21 04 20

PC-KONTO 60 - 10779-6

GBZ-Info Nr.10, Mai 1994

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

Seit dem letzten Versand des GBZ-Info ist Einiges gelaufen. Das ist unter anderem ein Grund, wieso dieser Info erst jetzt herauskommt.

Die **GBI** rüstet sich (auch in Zug) zum Kampf für die Verteidigung der Gesamtarbeitsverträge (siehe S. 2). Dass die GBI ernst macht, zeigt die Mobilisierung für die Demo vom 28. Mai 1994 in Bern (Flugblatt in der Beilage). Das Brisante (und neue) an dieser Demo ist: *Sie findet vor Beginn der Verhandlungen mit den Arbeitgebern statt!*

Der **VPOD** hat gegen eine Verschlechterung des kantonalen Personalgesetzes Stellung genommen (S. 3). Die **GBI** führte am 17. März in Zug eine Solidaritätsaktion mit den Streikenden der Authier (S. 3) durch. Mit dabei waren unsere zwei Regierungsräte *Urs Birchler* und *Hanspeter Uster*.

Der **SMUV** hat an der Generalversammlung vom 15. April 1994 vorerst die Regionalisierung abgelehnt (S. 7). Eine ausserordentliche Generalversammlung wird am 14. Juni 1994 stattfinden. Gleichzeitig hat der SMUV beschlossen, mit der GBI Zug eine bessere Zusammenarbeit zu suchen.

Der Veranstaltungszyklus des **Zuger Forums Arbeit für alle!** ist beendet worden (S. 4 - 6). Es ist wichtig, dass die fortschrittlichen Kräfte des Kantons über die Krise und deren Bewältigung diskutiert haben.

Am 20. April 1994 fand die 57. Delegiertenversammlung des **GBZ** statt. *Bruno Bollinger* (SMUV/GBI) wurde als Präsident bestätigt, *Sybilla Schmid* (SMUV) wurde als neue Kassierin gewählt, *Josy von Wyl* (GBI), *Toni Gschwind* (VPOD), *Hans Rüeegg* (PTT-Union/SMUV), *Pietro Panico* (SMUV) und *Juan Gonzalves* (GBI, neu) wurden in den Vorstand gewählt (S. 8 - 9).

Recht gut und kunterbunt war die **1. Mai-Feier 1994**. Die Hauptrednerinnen am 1. Mai 1994 in Zug waren die zwei Regierungsratskandidatinnen der gemeinsamen linken Liste: *Monika Hutter* (SP) und *Sybilla Schmid* (SGA). *Ana Maria Rubio* (SMUV) sprach auf spanisch, *Pietro Panico* (SMUV) auf italienisch, ein kurdischer und ein tamilischer Kollege lasen Erklärungen auf deutsch vor (S. 10 - 11).

Am 6. Mai organisierte die **SMUV-Frauengruppe** eine sehr gut gelungene und besuchte Veranstaltung mit *Christiane Brunner* (S. 12). An dieser Veranstaltung machte Christiane Brunner darauf aufmerksam, dass das Referendum der Artisana gegen das Krankenkassen-Gesetz eine unsolidarische Aktion ist und bat alle, nicht zu unterschreiben. Sie rief alle dazu auf, am 1. Juni nach Bern zu gehen, um gegen die Heraufsetzung des Pensionsalters der Frauen auf 64 Jahre zu demonstrieren (siehe Flugblatt in der Beilage).

Bruno Bollinger, Präsident GBZ

Wichtiges Datum:

Mittwoch, 5. Oktober 1994
Apero mit den Kollegen Regierungsräten
Urs Birchler und Hanspeter Uster

Der GBZ-Info geht an:

alle GBZ-Delegierten, an aktive GewerkschafterInnen und an PolitikerInnen, die über die Aktivitäten der Gewerkschaften informiert sein sollten.

GBZ Gewerkschaftsbund des Kantons Zug GBZ

Pressemitteilung vom 10. Mai 1994

Solidarität mit der Belegschaft der Spinnerei Kollbrunn

Ende April sahen sich über 50 Arbeitende der Spinnerei Kollbrunn gezwungen, die kollektive, fristlose Kündigung einzureichen. Für sie war es unzumutbar geworden, noch länger beim unsozialsten und undemokratischsten Unternehmer der Schweiz, Adrian Gasser, zu arbeiten. Das Fass zum Ueberlaufen brachte die Weigerung Gassers, den Schlichtungsvorschlag des Einigungsamtes des Kantons Zürich zu akzeptieren und mit der Gewerkschaft Bau und Industrie GBI einen Sozialplan für die beschlossene Schliessung der Spinnerei Kollbrunn auszuarbeiten.

Die Kolleginnen und Kollegen in Kollbrunn verdienen volle Hochachtung und Anerkennung. Sie verdienen aber auch unsere praktische, materielle Solidarität. Die Lohnverluste, die sie in Kauf nehmen, müssen kompensiert werden. Dies um so mehr, als viele von ihnen bei Gasser monatlich keine 3000.- Franken verdient haben.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB hat zu einer Sammelkampagne aufgerufen. In Zug sind am 1. Mai 500.- Franken und bei der Veranstaltung der SMUV-Frauengruppe mit Christiane Brunner 650.-- Franken gesammelt worden.

Die konkrete Solidarität gilt dem Mut dieser Kolleginnen und Kollegen, die dem rücksichtslosesten aller Unternehmer in der Schweiz eine deutlich Abfuhr erteilt haben. Diese Solidarität ist aber über das Geldsammeln hinaus nötig, denn auch andere werden den Mut finden müssen, der Unternehmerswillkür entgegenzutreten.

Die Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften sind bereit, vieles in Kauf zu nehmen, gerade in Krisenzeiten. Es gibt aber Grenzen, welche die Unternehmer nicht überschreiten sollten. Dies unabhängig davon, ob die Unternehmer ihren Herr im Hause-Standpunkt nach der "hemdsärmlichen Gasser-Methode" oder auf die feinere Art geltend machen wollen. Die konsequente und harte Reaktion der Gewerkschaften würde nicht ausbleiben,

Bruno Bollinger, Präsident Gewerkschaftsbund des Kantons Zug (GBZ)

Zuger Nachrichten 1.7.94

VPOD Sektion Zug

Gegen schlechtere Anstellungen beim Staat

Der Zuger VPOD fordert Verbesserungen im vorgeschlagenen neuen Personalgesetz des Kantons.

red. An der ordentlichen Generalversammlung der Sektion Zug des VPOD (Verband des Personals öffentlicher Dienste) orientierte SGA-Kantonsrätin Arlene Wyttenbach über die vorgesehene Revision des Beamtenrechts. Nach eingehender Diskussion hielt die Ver-

sammlung fest, dass sie die regierungsrätliche Vorlage insbesondere aus folgenden Gründen für untauglich hält und dem Kantonsrat zur Ablehnung empfiehlt:

► **Amts-dauer:** Für die Aufhebung der Amtsdauer von Beamtinnen und Beamten sieht der VPOD keinen Bedarf. Der Aufhebung könne allenfalls zugestimmt werden, wenn sie durch einen griffigen Kündigungsschutz, in welchem die Kündigungsgründe abschliessend genannt werden, ersetzt werde. Der Kündigungsschutz, wie ihn der regierungsrätliche Vorschlag vorsehe, sei jedoch ungenügend.

► **Rentenalter 64:** Dem einheitlichen Rentenalter für

Frauen und Männer von 64 Jahren könne der VPOD keinesfalls zustimmen. Diese Regelung bringe insbesondere den Frauen eine «unakzeptable Verschlechterung, sind doch für sie nicht einmal Übergangsregelungen vorgesehen». Im übrigen werde mit der Erhöhung des Rentenalters der Frauen ein falsches beschäftigungspolitisches Signal gesetzt.

► **Arbeitszeit:** Im Rahmen der Arbeitszeitflexibilisierung schlage der Regierungsrat gar eine «widerrechtliche Regelung» vor. Wer wöchentlich eine Stunde weniger als die Normalarbeitszeit von 42 Stunden arbeite, dem oder der werden die Ferien um eine Woche

gekürzt. Damit wolle der Regierungsrat den gesetzlich vorgeschriebenen minimalen Ferienanspruch unterlaufen. «Das ist nicht nur unsinnig, sondern auch rechtlich unzulässig.»

► **Deregulierung:** Die Vorlage des Regierungsrates für ein revidiertes Personalgesetz sei – ganz im Trend der Zeit – eine Flexibilisierungs- und Deregulierungsvorlage. Sie verschlechtere die Arbeitsbedingungen, ohne im Gegenzug wirklich gleichwertige Verbesserungen vorzuschlagen. Als Beispiel wird genannt, dass die Pflicht zur Fort- und Weiterbildung festgehalten werde, das Recht auf bezahlten Bildungsurlaub dagegen fehle. Die im er-

sten Entwurf enthaltenen Verbesserungen im Bereich «Frauenförderung» und «Teilzeitbeschäftigung» seien im zweiten Entwurf so weit verwässert worden, dass sie unpraktikabel geworden sind. Der Artikel zur Lohngleichheit geht gar hinter Art. 4 Abs. 2 der Bundesverfassung zurück.

Gegen diese Vorlage

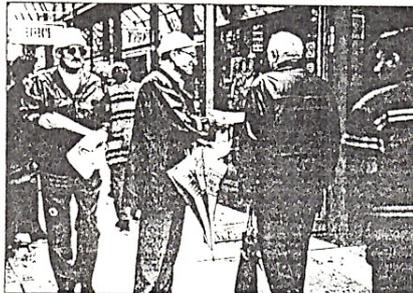
Die Sektion Zug des VPOD fordert den Kantonsrat auf, die Vorlage insbesondere in den Bereichen Kündigungsschutz, Rentenalter, Arbeitszeit, Urlaubsregelungen und Frauenförderung zu verbessern. Die regierungsrätliche Vorlage lehnt die Sektion Zug des VPOD entschieden ab.

Die KollegInnen der Authier waren mit ihren Streik erfolgreich. Die Firmaleitung hat sich bereit erklärt, mit der GBI einen GAV auszuhandeln. Keine grosse Freude an der Solidaritätsaktion in Zug hatte Kurt Rudolf (ehemaliger L&G-Direktor und nun Chef der Authier-Mitbesitzerin Emesco). Telefonisch beschwerte er sich bei Hanspeter Uster über die Aktion.

Ein Streik mit Zuger Wurzeln

Angestellte von Emesco-Tochter Authier unzufrieden

140 Angestellte des Waadtländer Skiprozudenten Authier, der sich mehrheitlich im Besitz der Zuger Firma Emesco befindet, warten seit über zwei Jahren auf einen Teuerungsausgleich sowie eine bessere Arbeitsorganisation. Gestern traten über zwanzig Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der Gewerkschaft Bau & Industrie (GBI), Sektion Zug-Innerschwyz, in einer Solidaritätsaktion vor die Tür der Emesco, um mit deren Direktoren über eine baldige Lösung des Problems zu diskutieren.



Gestern verteilten in Zug Gewerkschafter der Gewerkschaft Bau & Industrie - auf unserem Bild GBI-Zentralsekretär Mariano Pacheco (rechts) und Sektionssekretär Hans Suter - Flugblätter mit den Forderungen der Authier-Leute an die Emesco.

Bild Florian Cjajoch

Im Zu Beginn der laufenden Woche standen im Waadtländer Städtchen Bière mancherorts die Maschinen still. Mit einem zweitägigen Streik verletzten die 140 Angestellten des Skifabrikanten Authier ihrer Forderung nach einem Teuerungsausgleich (nach Angaben der Gewerkschaft haben die Löhne der Angestellten in den letzten Jahren rund 3,5% ihrer Kaufkraft eingebüsst) - der seit über zwei Jahren aussteht - sowie besserer Arbeitsorganisationen Nachdruck. Zum Werkzeug gegriffen wurde erst wieder am Mittwoch, nach Zusage der Verhandlung seitens der Firmenleitung.

Eigentlich wäre dieser Arbeitsstreik für die Region Zug ja auch kaum von Interesse, würde sich Authier nicht zu achtzig Prozent in den Händen der Firma Emesco mit Sitz am Kolinplatz in Zug befinden.

Klar ist denn auch das Verdikt der Belegschaft sowie der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der GBI, Sektion Zug-Innerschwyz, die gestern nachmittag im Rahmen einer Solidaritätsaktion durch Zugs Strassen zogen und Flugblätter verteilten. «Die

Emesco drückt sich vor der Verantwortung»

Denn Nachforschungen hatten zu Tage gebracht, dass die Geschäfte bei Emesco gut laufen; die Forderungen der Authier-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter also durchaus erfüllt werden könnten.

Mit GBI-Zentralsekretär Mariano Pacheco und Sektionssekretär Hans Suter an der Spitze trat die Gruppe kurz nach 15 Uhr vor die Tür der Emesco am Kolinplatz 10. Zwar öffnete sich der Geschäftseingang in der Folge - doch waren weder die Firmenleiter Kurt Rudolf und Lars B. Stigemar zu sprechen, noch fand sich

ein Ansprechpartner. So blieb den Gewerkschaftern nichts anderes übrig, als den Rückzug anzutreten. Vor dem Haus orientierte Pacheco die anwesenden Regierungsrate Hanspeter Uster und Urs Birchler über den Stand der Dinge.

Gegenüber der «Zuger Zeitung» gab der GBI-Zentralsekretär seiner Hoffnung Ausdruck, dass der Streik mittels der gestern und heute stattfindenden Verhandlungen zwischen Belegschaftsvertretern und Firmenleitung der Authier geschlichtet werden kann. Ansonsten, so Mariano Pacheco, «wird es in Bière wohl zu Kampfmassnahmen kommen».

ZN FREITAG, 18. MÄRZ 1994

Flugblatt-Aktion wegen Skifabrik Authier...



Gemeinsamer Gang zum Sitz der Zuger Finanzholding (vorne von rechts): Die Regierungsrate Urs Birchler und Hanspeter Uster mit den Gewerkschaftern Hans Suter und Mariano Pacheco.

Bild: Roger Föllmi

Die Solidarität zweier Zuger Regierungsräte

Eine Flugblatt-Aktion der Gewerkschaft wurde von zwei Zuger Regierungsräten unterstützt.

Emeski AG beherrscht, welche gemäss GBI und einem Artikel in der «Hancelszeitung» eine Tochter der Zuger Finanzholding Emesco ist. «Wir wollen hier in Zug Druck ausüben währenddem in Bière verhandelt wird. Wir haben berechnete Hoffnungen, weil es der Firma Authier gut geht und sie sich den Teuerungsausgleich leisten kann», erklärte Mariano Pacheco. Gemäss dem Umsatz seit 1991 von 5 auf 20 Millionen Franken gestiegen.

Regierungsrate machten mit

Die Regierungsrate Urs Birchler und Hanspeter Uster sind beide Gewerkschafter und sahen ihr gestriges Mitmachen als ein Akt der Solidarität. «Es handelt sich hier eindeutig um Forderungen von Arbeitnehmern. Obwohl diese nicht in Zug arbeiten, können wir mit unserer Anwesenheit auf dieses Problem aufmerksam machen», erläuterte Sektionsdirektor Urs Birchler.

Justiz- und Polizeidirektor Hanspeter Uster ergänzte: «In Zug ist vielfach der Sitz des Kapitals und der Entscheidungsvollmacht. Entschieden wird aber über Arbeitsplätze an ganz anderen Orten. Das scheint hier genauso zu sein. Darum ist unsere Anwesenheit in Zug wichtig.»

Demenli der Verantwortlichen

Die Emesco ist im Handelsregister als Firma für «Gesellschaftsaufbau und -entwicklung, Fusionen und Unternehmensberatung» eingetragen. Dem Verwaltungsrat gehören die in Zug wohnhaften Lars B. Stigemar und Kurt Rudolf an. Die beiden Hauptverantwortlichen waren gestern beim Besuch der GBI in Zug abwesend. Gegenüber den ZN liess eine Sekretärin der Emesco anerkennen, dass Rudolf und Stigemar nur ein Minderheitspaket an der Emeski halten und daher keinerlei Einfluss auf die operative Führung ausüben könnten.

Im waadtländischen Bière am Hauptsitz der Skifabrik Authier wurde gestern verhandelt, nachdem die Belegschaft am Montag und Dienstag die Arbeit niedergelegt hatte. Die Authier-Belegschaft fordert den vollen Teuerungsausgleich und eine bessere Arbeitsorganisation. Angeführt von Zentralsekretär Mariano Pacheco und dem Zuger Sekretär Hans Suter streute gestern die Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) Flugblätter in der Stadt Zug. Die finanziellen Verflechtungen der Waadtländer Skifabrik Authier führen nämlich in die Kantonstadt. Authier wird zu 80 Prozent von der Zuger Holding

Zuger Zeitung

18.3.94

Zuger Nachrichten 16.2.94

Maler und Gipser

Arbeitskampf denkbar

red. Die sehr gut besuchte Berufsgruppenversammlung der Gewerkschaft Bau und Industrie, Sektion Zug und Innerschwyz (Maler- und Gipsergewerbe), fand sich vor kurzem zu einer Krisensitzung in Baar zusammen. Die Anwesenden zeigten sich sehr enttäuscht über das Verhalten des Schweizerischen Maler- und Gipsermeisterverbandes. Sie sind der Ansicht, «dass unter dem Titel Sozialpartnerschaft wirklich eine Sozialpartnerschaft entstehen sollte», wie einem Schreiben der Gewerkschaft zu entnehmen ist.

Was sich der SMGV mit seiner Vertragsofferte erlaube, (Deregulierung des Kündigungsschutzes, Ausweitung der täglichen Arbeitszeit bis zu zehn Stunden, Abbau der Überzeitzulagen, Verschlechterung der Lohnzahlung bei Krankheit usw.) verstösst gegen Treu und Glauben, wird weiter vermerkt.

Eine konsultative Abstimmung zeigte, dass die Anwesenden auch vor einem Arbeitskampf nicht zurückschrecken und appellieren an den gesunden Menschenverstand der Arbeitgeber.

Der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug (GBZ), die Sozialdemokratische Partei des Kantons Zug (SP), die Sozialistisch Grüne Alternative des Kantons Zug (SGA) und die Frische Brise Steinhausen haben das

Zuger Forum Arbeit für alle!

gegründet. Das Forum hat vier Veranstaltungen organisiert. Die erste fand am 18. Januar 1994 statt. Hier die Presseberichte der zweiten Veranstaltung:

Podium zur Arbeitslosigkeit

Gewicht auf Weiterbildung

Laut Regierungsrat Bisig unternimmt der Kanton grosse Anstrengungen in Weiterbildungs- und Beschäftigungsmassnahmen für Arbeitslose.

rch. Unter der Leitung von SP-Kantonsrat Armin Jans diskutierten Walter Steinmann, Stellenleiter der Wirtschaftsförderung des Kantons Solothurn, Irene Meier, Wirtschaftsgeographin und Mitarbeiterin an verschiedenen Erwerbslosenprojekten für Frauen in Zürich, und der Zuger Volkswirtschaftsdirektor Robert Bisig über staatliche Massnahmen gegen Arbeitslosigkeit. Das Podium, organisiert vom Zuger Forum «Arbeit für alle!», dem der kantonale Gewerkschaftsbund, SP, SGA und die Frische Brise Steinhausen angehören, fand am Donnerstagabend im Casino Zug vor sehr lichten Zuhörerreihen statt.

Spezielle Bildungsprogramme

Armin Jans hätte gerne erfahren, welcher Art denn eine sinnvolle staatliche Wirtschaftsförderung sein sollte, was für neue innovative Massnahmen ausserhalb der üblichen Aus- und Weiterbildung denkbar seien, und erhielt darauf nur teilweise Antwort. Weiterbildung und Beschäftigungsprogramme für Arbeitslose beherrschten

die Diskussion. Einmal mehr entstand der Eindruck, dass der Arbeitslose der alleinige Patient sei, und die Diskussion vor der kränkelnden Wirtschaft haltmache.

Bei Bisig war deutlich ein ehrliches Engagement für die Arbeitslosen zu spüren. Er stellte ein weitgefächertes Weiterbildungssystem vor, das sich an die verschiedenen Altersgruppen richtet. Jugendarbeitslose können sechsmonatige Berufspraktika absolvieren. «Viele dieser Praktikanten werden anschliessend von den Betrieben übernommen», sagte Bisig. Den über 50jährigen, die es auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer haben, bieten Kanton, Gemeinden, Korporationen auf sechs Monate befristete Amtstellen an. Am ausführlichsten informierte Bisig über ein Beschäftigungsprogramm für Langzeitarbeitslose unter 60 Jahren, welches ein Verein für Arbeitsmarktmassnahmen trägt. Der Verein setzt sich aus dem Kanton, den Gemeinden, den Gewerkschaften und Arbeitnehmerorganisationen zusammen. Dabei werden Berufspraktika vermittelt, für Selbständigerwerbende ist eine Starthilfe vorgesehen, und für Frauen gibt es spezielle Ausbildungsprogramme und Praktika.

Frauen ermutigen

Es sei an der Zeit, sich wieder auf die Qualitäten des Wirtschaftsstandorts Schweiz zu besinnen, statt nur immer die Mängel zu bejammern. Irene Meier meinte damit, dass das Potential an gut ausgebildeten Leuten

vorhanden sei, aber nicht ausgeschöpft werde. Dies treffe vor allem auf die Frauen zu, deren Ausbildungsstand sich in den letzten Jahren massiv verbessert habe. Im Gegensatz zum bundesrätlichen Revitalisierungsprogramm mit Investitionsbonus für die Baubranche oder der Öffnung der Grenzen für ausländische Fachkräfte brauche es strukturverändernde Massnahmen in den Betrieben, um Frauen Platz zu machen. Existenzkurse des Projektateliers in Zürich möchten andererseits Frauen dazu ermutigen, selber ein Unternehmen aufzubauen.

Regionale Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaft einer Region zu stärken, dafür stand Walter Steinmann ein. Es gelte zu erkennen, dass die Konkurrenz nicht in der Region liege, sondern in Taiwan und anderen billig produzierenden Ländern. Seine Stelle in Solothurn versuche dementsprechend Kooperationen zwischen Betrieben zu vermitteln. Wirtschaftsförderung solle ausserdem, so Steinmann, auch im Marketing kleiner Betriebe helfen, damit sie ihre Produkte auch im Ausland präsentieren könnten. Mit einem Wettbewerb hat der Kanton Solothurn Kleinbetriebe aufgefordert, Ideen gegen die Arbeitslosigkeit zu entwickeln. Dabei sei Erstaunliches zutage getreten. Mit diesen Ansätzen bei den Betrieben stellten Steinmanns Programme ein akzentuiertes Gegengewicht zu den übrigen Konzepten an diesem Abend dar.

Zug Nachrichten 28.2.94

Vermehrt innovative Massnahmen gefordert

Podiumsdiskussion des Zuger Gewerkschaftsbundes

Was soll oder kann der Staat gegen die Arbeitslosigkeit tun? Diese Frage wurde an einer Podiumsdiskussion im Casino Zug im Beisein des Zuger Volkswirtschaftsdirektors Robert Bisig, des bekannten Solothurner Wirtschaftsförderers Walter Steinmann und der Zürcher Kantonsrätin Irene Meier erörtert.

haz. Im Rahmen eines Veranstaltungszyklus organisierte das Zuger Forum Arbeit für alle eine Podiumsdiskussion, an der die Frage erörtert wurde, was der Staat gegen Arbeitslosigkeit tun solle oder tun könne. Diskussionsleiter war der Zuger Kantonsrat Armin Jans.

Unter seiner Leitung diskutierten der Zuger Regierungsrat Robert Bisig, der Wirtschaftsförderer des Kantons Solothurn, Walter Steinmann, und die Zürcher Kantonsrätin Irene Meier diese Frage und berichteten aus ihrer Sicht, was getan werden könne, um die Arbeitslosigkeit und deren

Folgen zu vermindern oder zumindest abzuschwächen.

Keine aktive Wirtschaftsförderung

Der Zuger Volkswirtschaftsdirektor Robert Bisig betonte, dass zwar einige Projekte zur Minderung der Arbeitslosigkeit im Kanton Zug lanciert seien, eine aktive Wirtschaftsförderung, wie sie der Kanton Solothurn beispielsweise betreibt, kenne man allerdings nicht. Vielmehr betreibe man «Unternehmenspflege», indem man versuche, attraktive wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Zudem sei man im Begriff, die Zusammenarbeit innerhalb der Region Innerschweiz zu intensivieren.

Im Kanton Solothurn, so Walter Steinmann, sei die Wirtschaftsförderung seit längerem bekannt und durchaus erfolgreich. Am Anfang ging es darum, monostrukturierte Regionen auch für andere Betriebe attraktiv zu machen, heute nehme aber auch die Bestandespflege einen hohen Stellenwert ein. Der Kanton Solothurn

bietet seit vier Jahren einen Jungunternehmerkurs an, wo Interessierten Schützenhilfe geleistet wird, wenn sie sich selbständig machen wollen.

Strukturen verändern

Die Zürcher Kantonsrätin Irene Meier beleuchtete die Arbeitslosigkeit aus der Sicht der Frauen. Zwar, so Meier, seien die Frauen heute annähernd gleich gut ausgebildet wie die Männer, geschlechtsspezifische Ausbildungsmängel liessen sich aber durchaus noch feststellen. In diesem Bereich hilft eine Institution «Erwerbslosenprojekte für Frauen». Die Frauen, die das Potential aufweisen, sich selbständig zu machen, werden ausgebildet und gefördert.

Alle Teilnehmer an der Podiumsdiskussion sprachen sich für vermehrte innovative Arbeitsmarktmassnahmen aus. Gefordert wurde besonders ein Wegkommen von reinen «Investitionsmassnahmen» und eine Hinwendung zur vermehrten Hilfestellung vor allem im Ausbildungsbereich.

Zuger Fortung 26.2.94

Alle vier Veranstaltungen waren ausserordentlich interessant. Leider haben aber nicht viele Kolleginnen und Kollegen daran teilgenommen. *Sie haben etwas verpasst!* Die Presseberichterstattung war aber sehr gut, so dass das Versäumte teilweise nachgeholt werden kann.

SAMSTAG, 2. APRIL 1994/NR. 77

ZN

Ruedi Winkler

Podiumsgespräch des Zuger Forums «Arbeit für alle!»

«Gelegenheit für berufliche Neuorientierung»

«Was kann gegen Arbeitslosigkeit getan werden?» Neue Möglichkeiten sind diskutiert worden.



«Vollbeschäftigung werden wir nicht mehr haben», sagt Gianni Bomio (rechts). Die anderen Podiumsteilnehmer (von links) Marianne Stutz, Ruedi Winkler und Sybilla Schmid scheinen nicht ganz einverstanden zu sein. Bild: Herbert Schraner

«Vollbeschäftigung werden wir nicht mehr haben». Das jedenfalls ist die Meinung von Gianni Bomio, juristischer Mitarbeiter bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zug. Unter der Leitung von Kantonsrätin Sybilla Schmid diskutierten Ruedi Winkler, Leiter des Städtischen Arbeitsamtes Zürich, Marianne Stutz, Gründungsmitglied des Zuger Arbeitslosentreffs (ZALT) und Gianni Bomio, was gegen die Arbeitslosigkeit getan werden kann.

Unterschiedliche Ansätze

Dass Arbeitslosigkeit ein vielschichtiges Problem ist, wurde schnell klar, als Ruedi Winkler die aus seiner Sicht typische Situation einer von Arbeitslosigkeit betroffenen Person schilderte. In ihren

Grundfesten erschüttert, kommt sie aufs überlastete Arbeitsamt und möchte so schnell als möglich eine neue Stelle in ihrem angestammten Beruf. In dieser Zeit bräuchte sie eigentlich Leute, die Zeit haben, die Arbeitsmarktsituation kennen, Kontakte zu Unternehmen haben, Berufsberatung anbieten können und sich auch der psychischen Verfassung der Arbeitslosen annehmen. Im Kanton Zug versucht

man mit Hilfe eines privatrechtlich organisierten Vereins für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM) den Arbeitslosen Chancen für eine neue Arbeitsstelle zu eröffnen. «Mit einem privaten Verein haben wir die besseren Möglichkeiten, auch die Wirtschaft einzubinden», sagte Gianni Bomio. Die Verantwortung liege dann nicht mehr allein beim Staat. Für Gianni Bomio ist es wichtig, dass Arbeitslose gleich von

Beginn der Arbeitslosigkeit weg umfassend betreut werden. Anders als Ruedi Winkler ist er der Meinung dass viele Arbeitslose «die wichtigste Phase: den Anfang verschlafen. Sie liefern damit Gefahr, nicht mehr integriert werden zu können. Dem mit vier Personen hoffnungslos unterdotierten Arbeitsamt sei eine solche Betreuungsarbeit aber nicht möglich. Mit einem Konzept, dass die Arbeitslosen einer-

seits verpflichtet, sich zu informieren und andererseits ihnen die Möglichkeit bietet, sich freiwillig vom VAM oder dem Amt für Industrie, Gewerbe und Handel weiter beraten zu lassen, wolle man dieser Gefahr begegnen.

Zur Selbsthilfe animieren

Von Zwangsmassnahmen und bürokratischen Institutionen hält Marianne Stutz nicht viel. «Ich denke, dass die Antipathien gegen Amter

im Wachsen sind.» Beim ZALT setze man vielmehr auf die Selbsthilfe. Hilfe solle nicht moralisierend überkommen, sondern überzeugen. Damit dies gelingen könne, müsse eine Betroffenheit da sein. Aber «Gerade die Leute auf den Ämtern sind es nicht». Die Projekte beim ZALT zeichneten sich dadurch aus, dass sie von den Arbeitslosen selbst vorgeschlagen werden. Ruedi Winkler widersprach diesem Betroffenheitstuck. «Nicht nur Betroffene können andere verstehen.» Und auch Gianni Bomio wollte «es einmal deponiert» haben, dass auf dem Arbeitsamt gute Arbeit geleistet werde.

Arbeitslosigkeit als Chance

Ruedi Winkler sieht in der Arbeitslosigkeit auch eine Gelegenheit für eine berufliche Neuorientierung. «Der grösste Teil kommt mit fixen Ideen auf Zürcher Arbeitsamt.» Diese Verbenheit sei schlimmer, als wenn die Personen einen Augenblick innehielten. «Wir haben den Eindruck, dass man der Hilfe verboten musste, gleich eine neue Stelle zu suchen.»

Grössere Verantwortung für Wirtschaft

Podium des Forums «Arbeit für alle»

Im Rahmen des mehrteiligen Veranstaltungszyklus, welchen das «Zuger Forum Arbeit für alle» organisiert, fand das dritte Podiumsgespräch zum Thema «Was kann gegen Arbeitslosigkeit getan werden» im Casino statt.

Nur eine kleine Anzahl Interessierter beteiligte sich an diesem Anlass, an welchem unter der Diskussionsleitung von Kantonsrätin Sybilla Schmid Gianni Bomio, Ruedi Winkler und Marianne Stutz zu dem brisanten Thema Stellung nahmen. Ruedi Winkler, Leiter des Städtischen Arbeitsamtes Zürich sprach zu Beginn vom schweren ersten Gang zum Arbeitsamt, wo subjektiv die meisten nur ein Ziel haben, nämlich so schnell als möglich wieder eine Stelle zu finden. Doch die neuen Rechte und Pflichten und das Undurchsichtige würden die meisten Leute am Anfang fast total absorbieren. «Man müsste jemanden haben, der Zeit hat, den Arbeitsmarkt gut kennt, gute Beziehungen zu den Arbeitnehmern hat, Weiterbildungsmöglichkeiten aufzeigt und auf die psychischen Probleme eingeht», erklärte er aus Erfahrung, und er äusserte den Wunsch nach einem Regionalzentrum, wo alle Stellen, welche die Betroffenen benötigen, an

einem Ort zu finden sind. In diesem Sinne setzt er sich ein für die Verbesserung der staatlichen Beratungs- und Vermittlungstätigkeit. Er unterstrich auch, dass die Wirtschaft eingebunden werden müsse in die Verantwortung. «Es soll nicht so sein, dass die Leute auf Staatskosten ihre Weiterbildung erhalten.»

Gianni Bomio, juristischer Mitarbeiter der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zug und im Vorstand des Vereins für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM), nannte die folgenden vier Schwerpunkte des Vereins, welcher auf privater Basis operiert, jedoch von Bund, Kanton und Gemeinden finanziert wird: Beschäftigungsprogramm, Berufspraktika, Beratung von Langzeitarbeitslosen und Starthilfe für (arbeitslose) künftige Selbständigerwerbende. Im Kanton Zug gibt es derzeit rund 2000 Arbeitslose, und damit befassen sich von Amtes wegen nur vier Personen. Aufgrund der Plafonierung hat man zuwenig Personal. Daher wurde beschlossen, das neue Beratungs- und Vermittlungskonzept zu schaffen, wobei man versucht immer mehr Segmente abzudecken. Individuelle Beratung und Seminare sollen angeboten werden.

Als Vorstandsmitglied des Zuger Arbeitslosentreff (Zalt) referierte Marianne Stutz. Da viele eine Antipathie gegen Amter haben und Zwang abgelehnt wird, entstand der Gedanke zur Selbsthilfe. In Selbsthilfegruppen treffen sich lauter Menschen, die in der gleichen Situation sind, die Mühe haben mit der schwierigen Amtssprache, die sich gegenseitig unterstützen und eine gemeinsame Plattform finden. Ein wichtiger Teil sind Veranstaltungen mit Wunschtönen. «Viele sind über Zalt in ein Beschäftigungsprogramm hineingekommen, viele haben wieder eine Stelle gefunden. Zu uns kommen die Leute, weil sie es gerne möchten, und nicht weil sie gezwungen sind», so Stutz. Sie plädierte zudem für mutige Modelle, die allen Leuten eine Existenzsicherung ermöglichen.

Zuger Zeitung

2.4.94

Die Arbeitszeitverkürzung war - trotz steigender Arbeitslosenzahl - vor einem Jahr noch kein öffentliches Thema. Es war dann ein Unternehmer, der ABB-Konzernchef Barnevič, der den Stein ins Rollen brachte.

Die Gewerkschaften nahmen in der Folge die Diskussion auf. Den Damm gebrochen hat aber der Entscheid der Volkswagen-Werke, die 4-Tage-Woche einzuführen, um Entlassungen zu verhindern. Das hat die Frage der Arbeitszeitverkürzung "salonfähig gemacht".

In dieser Frage sind die Gewerkschaften heute in der Offensive. Nur die Arbeitgeber haben noch auf stur geschaltet; aber auch bei ihnen beginnt die Diskussion. Selbst der Zuger Gewerbeverband hat eine Umfrage bei seinen Mitgliedern darüber gemacht.

ZN FREITAG, 22. APRIL 1994/NR. 93 *Zuger Nachrichten*

Podiumsdiskussion des «Forum 'Arbeit für alle'»

So gibt es «Arbeit für alle»

Die Krise ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich. Das meint Felicitas Furrer.

guk. Das «Zuger Forum 'Arbeit für alle'» führte seine letzte Podiumsdiskussion des Veranstaltungszyklus zum Thema Arbeitslosigkeit durch. Als Gäste konnte der Präsident des Gewerkschaftsbundes Zug, Bruno Bollinger, kompetente Gäste begrüssen: Erwin Meissner von der Volkswagen Deutschland, Hans Würgler, Professor für Konjunkturfragen an der ETH, und Felicitas Furrer, Gleichstellungsbefragte des Kantons Zug.

Das VW-Modell

Als Vertreter der Volkswagen Deutschland und der IG-Metall sprach Erwin Meissner über die Erfahrungen mit der Vier-Tage-Woche und warum VW und die Gewerkschaften sich auf dieses Modell einigten* (siehe auch Box). Er erklärte, dass andere traditionellere Massnah-

men wie Einstellstopps und teure Früh pensionierungen zuerst erfolgten. Sie konnten die Probleme der VW, welche durch die bestehenden Überkapazitäten entstanden, nicht lösen. Deshalb entschloss sich die VW-Betriebsleitung, eine noch nie vorher dagewesene Arbeitszeitverkürzung zu unternehmen. Bei der Belegschaft wurde die Massnahme im allgemeinen gut aufgenommen, auch wenn Schichtarbeiter massive Lohn einbussen hinnehmen mussten.

Hans Würgler ging in seinem Votum auf die Fragen ein, die sich zur Arbeitszeit-

verkürzung in der Schweiz stellen. «Es lässt sich feststellen, dass in der Schweiz offensichtlich kein Konsens über die Parole 'Arbeit für alle' herrscht. Nicht bei der Politik, wo notwendige Massnahmen wie zum Beispiel die Neukonzipierung der Arbeitslosenversicherung getroffen werden. Nicht bei den Unternehmen, wo immer noch Gewinn via Entlassungen erwirtschaftet wird. Nicht bei den Gewerkschaften, die nur langsam einschwenken. Und auch nicht bei den Arbeitnehmern, bei denen die Beschäftigten und die Arbeitslosen sich gegenü-

berstehen. Es fehlt an der nötigen Solidarität auf allen Seiten.»

Im weiteren äusserte sich Würgler positiv gegenüber der Arbeitszeitverkürzung. Allerdings müsste diese mit flankierenden Massnahmen verbunden sein, damit wirklich Arbeitsplätze gesichert würden. So müsste zum Beispiel Überzeit und Schwarzarbeit verhindert werden, damit in der neuen Freizeit nicht andere Erwerbsarbeit geleistet würde.

Referat der Gleichstellungsrau

Im Referat von Felicitas Furrer kam ein anderer Aspekt zur Sprache. Sie strich heraus, dass in allen diskutierten Modellen die Erwerbsarbeit noch immer klar von der unbezahlten Arbeit in der Gesellschaft getrennt wird. Diese Trennung basiert auf der Idee der Rollenteilung der Geschlechter, die aber nicht mehr der heutigen Zeit entspricht. Um dem Abhilfe zu schaffen, müssten mehr Teilzeitalten – auch in Kaderpositionen – geschaffen werden, damit die Betreuungs- und Hausarbeit gerechter auf Mann und Frau verteilt werden könnte. «Letztendlich stecken wir nicht nur in einer wirtschaftlichen Krise, sondern auch in einer gesellschaftlichen.»

Die Vier-Tage-Woche bei VW

guk. Die Einführung der Vier-Tage-Woche bei den Volkswagen-Werken in Deutschland, die in Zusammenarbeit mit der IG Metall entstand, ist eine auf 2 Jahre beschränkte Massnahme, um Massenentlassungen zu vermeiden.

Mit der Idee «Statt Arbeitslosigkeit für viele - Arbeitszeitverkürzung für alle» konnten rund 30 000 Arbeitsstellen gerettet werden, indem die Arbeitswoche von 36 auf 28,8 Stunden verkürzt wurde. Dabei hielt man an der Höhe der Mo-

natslöhne fest. Für die Jahreseinkommen mussten allerdings Kürzungen um die 10 Prozent, bei Schichtarbeiten bis zu 15 Prozent in Kauf genommen werden. Die Arbeitszeitverkürzungen betraf alle Angestellten im gleichen Rahmen, sowohl die Produktions- wie auch die Managementabteilung.

Das Modell von VW wurde in Deutschland auch von anderen Unternehmen in der Metall- und Elektroindustrie teilweise übernommen.

Thema Arbeitslosigkeit

Modelle gibt's auch für die Schweiz

« Herr Bollinger, der Veranstaltungszklus des «Zuger Forum 'Arbeit für alle'» ist vorbei, wie sind Sie damit zufrieden? »

Bruno Bollinger: Obwohl der Saal jeweils nicht so gut gefüllt war, haben wir doch etwas erreicht. Dadurch dass unter anderem auch Politiker anwesend waren, gelangten die Ideen aus den Diskussionen an sie, und sie können nun in ihrer Arbeit diese Ideen umsetzen. Zudem glaube ich, dass durch die Berichterstattung in der Presse viel mehr Leute angesprochen wurden als nur die jeweils Anwesenden.

Bollinger: Bei der Gründung des «Zuger Forum 'Arbeit für alle'» durch den Gewerkschaftsbund Zug, der SGA, der SGA und der Frischen Brise Steinhausen einigte man sich von Anfang an darauf, zwei Gruppen bilden: das Forum und der Zalt (Zuger Arbeitslosen-Treff). Der Zalt ist eher zuständig für die Bedürfnisse der Arbeitslosen, die wahrscheinlich kaum an die Veranstaltungen des Zyklus gekommen sind, weil die hier besprochenen Themen dem Arbeitslosen selber im Moment nichts bringen.

« Wer besuchte denn die Veranstaltungen? Waren es immer die gleichen Köpfe aus den eigenen Reihen? »

Bollinger: Ich kenne nicht alle, die heute anwesend waren, aber schon regelmässige Besucher, vor allem aus SGA-, SP- und Gewerkschaftskreisen, die jeweils etwa die Hälfte des Publikums ausmachten. Andererseits gab es auch immer wieder neue Leute. Die geäußerten Fragen behandelten an jedem Abend wieder einen anderen Aspekt der Arbeitslosigkeitsbekämpfung.

« Es waren Politiker und Gewerkschafter da, aber wo waren die Arbeitslosen? »

« Die 4-Tage-Woche der VW war jetzt das Thema. Glauben Sie als Präsident des Gewerkschaftsbundes Zug an eine Realisierung dieses Konzeptes in Zug? »

Bollinger: Man muss schon sehen, dass in Deutschland andere Verhältnisse herrschen. Bei der VW sind etwa 90 Prozent der Angestellten in der Gewerkschaft. Über diese Stärke verfügen wir hier nicht. Deshalb blitzen wir auch bei den Betriebsleitungen ab. Aber die verschiedenen Modelle stehen auch in der Schweiz zur Diskussion.

« Guido Keel

Arbeitszeit verkürzen – Arbeitsplätze sichern

So das Thema der vierten Podiumsdiskussion des Forums «Arbeit für alle»

*Zuger Zeitung
20. 4. 94*

Das dies keine Illusion ist, hat im letzten Jahr Volkswagen bewiesen. Beispiel- und vorbildhaft wurde mit der Viertagewoche eine intelligente Lösung gegen Massenentlassungen gefunden. Über diese deutsche Grossfirma hinaus setzte VW ein relevantes Signal. Erwin Meissner, ehemaliges Mitglied der IG Metall in einem Volkswagenwerk, Hans Würgler, Ex-Leiter der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich, und die Zuger Gleichstellungsbeauftragte Felicitas Furrer plädierten im Podium für kreative Massnahmen, der strukturellen* und konjunkturellen Krise entgegenzutreten.

« Sie müssen den kurzen Ausbruch entschuldigen », erklärte Professor Hans Würgler beherrscht, « aber manchmal ist es in der Schweiz schon

zum Verzweifeln. Jegliche fortschrittlichen Versuche, die Arbeitslosigkeit ohne Abbau von Sozialleistungen, Lohnkürzungen und Einschränkung von Rechten der Arbeitnehmer einzudämmen, werden vorzeitig abgeblockt. Unser Ziel 'Arbeit für alle' muss weiterhin postuliert und verfolgt werden, auch wenn die neusten Statistiken euphorisch von einem Aufschwung berichten. »

Professor Würgler, Prominenten und früher Vertreter der Arbeitszeitverkürzung (AZV), sparte nicht mit Kritik: In der Schweiz fehle es an einer konsequenten Stabilitätspolitik mit dem Instrumentarium von Geld-, Finanz- und Wettbewerbspolitik sowie einer besonderen Arbeitsmarktpolitik. « Die AZV ist im Grunde ein altes Thema. Denken wir an die Arbeiterbewegung, die sie aus sozial- und gesundheitspolitischen Gründen forderte. Neu ist lediglich die Motivation

dazu: Heute ist die AZV beschäftigungspolitisch bedingt. » Schliesslich kritisierte Würgler auch, dass die letzte Untersuchung über Einkommensverteilung schon zehn Jahre zurückliegt.

Im letzten Jahr stand es überall gross in der Presse: VW nutzt das Mittel der AZV – sofortige Absenkung der Arbeitszeit auf 80 Prozent – um Tausende von Angestellten vor einer Entlassung zu bewahren. Die gewaltige Reduktion der Arbeitszeit hatte aber auch ihren Preis: Der erhebliche Einkommensverlust war abzuwägen gegen sichere Stellen für alle, und das für mindestens zwei Jahre. Zur Absicherung der Löhne sind dann verschiedene Punkte vereinbart worden. Zum Beispiel wurde die Jahresonderzahlung umgewandelt in monatliche Zahlungen, was 8 Prozent des Jahresbruttoverdienstes entsprach.

Während der ganzen Umstrukturierung gab es bei VW aber auch Gewerkschaftsaustritte, da der finanzielle Verlust der IG-Metall angelastet wurde, sie hätte nicht hart genug gehandelt und man hätte nicht konsequenterweise die Kurzarbeit weiter ausgeschöpft.

« Als das Gespenst Entlassung gebannt und der Tarifvertrag unter Dach und Fach war, tat sich eine weitere Erwartung auf, um möglicherweise noch ohne Geldverlust – das heisst mit vollem Lohnausgleich – die Viertagewoche einzuführen », sagte Erwin Meissner. Mit solchen un gerechtfertigten Schuldzuweisungen habe man als Gewerkschafter schon immer in den Tarifausschanderzsetzungen leben müssen.

Auch Gratisarbeit ist Arbeit

Felicitas Furrer legte in ihrem Referat den Schwerpunkt auf die

Umverteilung der Haus- und Betreuungsrbeit. « Die Viertagewoche allein genügt nicht. Ich wende mich nicht gegen die Umverteilung der Erwerbsarbeit, aber diese Betrachtungsweise verkennt, dass es neben der Erwerbsarbeit auch andere Arbeit gibt, Hausarbeit und die Betreuung von Pflegebedürftigen. »

Die AZV sei nur dann ein Schritt in die richtige Richtung, wenn die freie und unbezahlte Zeit auch tatsächlich für die nichtbezahlten Arbeiten eingesetzt werde, wenn also Väter, die dann einen Tag frei hätten, an diesem Tag auch Kinderbetreuungs- und hausarbeit leisteten.

Die Gleichstellungsbeauftragte betonte, dass die Umverteilung der Arbeit vor allem nur dann erstrebenswert sei, wenn die in der Bundesverfassung postulierte Lohngleichheit zwischen Mann und Frau endlich realisiert werde.

Der Jahresbericht der SMUV Sektion Zug wurde in der Presse besprochen. Unten der Bericht der Generalversammlung vom 15. April 1994.

Engagement gegen Arbeitslosigkeit

Zuger Smuv-Sektion leistete im vergangenen Jahr wichtige Kleinarbeit

Die Sektion Zug des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeitnehmer-Verbandes der Gewerkschaft für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen hatte im vergangenen Jahr ein Thema: die Arbeitslosigkeit. «Es ist dringend nötig, dass die Gewerkschaften ihre Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit grösserem Nachdruck zur Diskussion stellen», betont Präsident Ruedi Amrein im eben erschienenen Jahresbericht. Erfreulich sei, dass im vergangenen Jahr 85 neue Mitglieder aufgenommen werden konnten.

Am Anfang 1993 verzeichnete die Schweizer Statistik rund 140 000 Arbeitslose. Jetzt, ein Jahr später nähert sich die Zahl der 200 000er-Marke. Im Kanton Zug ist die Zahl der Arbeitslosen von 1600 Anfang 1993 auf bald 2000 angestiegen (die Ausgesteuerten sind in der Statistik jeweils nicht mehr erfasst).

Der Zuger Smuv-Präsident Ruedi Amrein betont, dass auch die regionalen Sektionen mehr Druck mit ihren Forderungen ausüben müssten. Was

er fordert, ist nichts Neues: Die Arbeit auf mehr Hände verteilen und Arbeitszeitverkürzungen. Die Lohnabhängigen, so Amrein, hätten vergessen, wie kollektiv Widerstand zu leisten funktioniert.

LG-Gruppe teilweise zufrieden

Beim Smuv Zug arbeiten verschiedene Betriebsgruppen. Ein wichtiges Ereignis aus der Sicht der Landis & Gyr-Gruppe war der Abschluss der neuen Vereinbarung in der Maschinenindustrie. Das Resultat dürfe sich, bis auf den Krisenartikel, durchaus sehen lassen. Verbesserungen konnten auch in den Bereichen Mutterschaftsurlaub, Ferien, Weiterbildung und Mitspracherecht erzielt werden. Beim bis 31. Dezember gültigen und neu überarbeiteten Sozialplan konnten, wie die LG-Gruppe berichtet, die Ziele nur zum Teil erreicht werden. Erfreulich sei, dass die Austrittsabfindungen leicht angehoben wurden. «Es ist wichtig», so Daniel Weber, «dass wir weiterhin die vorhandenen Möglichkeiten innerhalb des Betriebs nutzen, um Forderungen durchzusetzen.» Bei der Landis & Gyr wurde bei einer

Teuerung von 3,4 Prozent (September bis September) die Lohnsumme um 2 Prozent erhöht. Angestellte mit einem Salär bis 5500 Franken erhielten die Teuerung nur gerade zu 0,7 Prozent ausgeglichen, wer befördert wurde, der konnte mit einem Teuerungsausgleich von 0,3 Prozent rechnen. «Und dies bei einem Gewinn von über 90 Millionen Franken», kritisiert Präsident Amrein.

Im Jahresbericht weist die Zuger Smuv-Sektion aber auch auf die positiven Ansätze der Krisenbekämpfung hin. Gelobt wird diesbezüglich das vom Kanton lancierte Projekt für Langzeitarbeitslose und die Aus- und Weiterbildungsangebote vom Kantonalen Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Kiga). Auch der Verein für Arbeitsmassnahmen sei ein Steinchen im Mosaik zur Linderung der Arbeitslosigkeit. «Aber diese wichtige Kleinarbeit», so Ruedi Amrein abschliessend, «wird von gewissen Kreisen zu wenig zur Kenntnis genommen. Die Arbeit wird uns so schnell nicht ausgehen. Wenn wir sie nicht anpacken, bleibt sie liegen – zum Schaden aller.»

Zuger Zeitung
11.4.94

Zuger Nachrichten 18.4.94

Ausserordentliche GV im Herbst geplant

Der Zuger Smuv wehrt sich gegen den «Anschluss»

Im Verhältnis 2:1 lehnten es die Zuger Smuv-Gewerkschafter ab, ihre Sektion mit den drei übrigen Innerschweizer Sektionen zusammenzulegen.

Ade an den Sekretär

ark. Abgesehen vom Nein zur Regionalisierung warf die GV keine hohen Wellen. Präsident Ruedi Amrein konstatierte in seinem Jahresbericht ein enttäuschendes Interesse der Mitglieder an der Gewerkschaftsarbeit, was ihn angesichts der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt überraschte. Erneut forderte er die Reduktion der Arbeitszeit, um die vorhandene Arbeit auf mehr Hände verteilen zu können.

Dank eines Efforts konnte ein Mitgliederzuwachs um 10 Prozent auf 900 Gewerkschafter verzeichnet werden. Mit dem Eintritt von Anamaria Rubio, Paolo Sivillica und Stefano Tosca-

no in den Vorstand konnten frühere Austritte kompensiert werden. Die Wahl des Revisors wurde auf die ausserordentliche GV verschoben, weil ein allfälliger Zusammenschluss der Innerschweizer Sektionen die Wahl von nur einem Mitglied nötig machen würde. Neben zahlreichen Mitgliedern, die für ihre Treue zum Smuv geehrt und beschenkt wurden, stand besonders ein Mann im Vordergrund: Arthur Weiss, der das Sekretariat in Zug während 26 Jahren geführt hatte. In seiner Laudatio hob Fischer das starke Engagement und die Hilfsbereitschaft des am Ende April scheidenden Sekretärs hervor.

nach der GV gegenüber den ZN.

Als Hauptgrund für das Nein der Sektionsmitglieder ortete Amrein jedoch die Angst vor einem drohenden Leistungsabbau der Gewerkschaft. Tatsächlich ist mit der Zusammenlegung der vier Sektionen vor allem eine engere Zusammenarbeit im administrativen Bereich geplant, indem die vier Sekretäre neu nicht für eine Sektion, sondern innerhalb eines Teams für verschiedene Aufgabenbereiche zuständig wären. Aus Kostengründen würde die Präsenzzeit auf dem Zuger Sektionssekretariat auf ein 50 Prozent-Pensum reduziert; Anrufe ausserhalb der Bürozeiten in Zug würden in die Zentrale nach Luzern umgeleitet.

«Durch diese Zentralisierung erreichen wir, dass unsere Sekretäre weniger durch Administrativaufgaben absorbiert werden, und sich mehr um eigentliche Gewerkschaftsarbeit kümmern können. Die Effizienz der Gewerkschaft und die Dienstleistungen für die einzelnen Mitglieder können so gesteigert werden», hatte Josef Fischer, Vizepräsident der SMUV-Dachorganisation, in seinem Referat für die Zusammenlegung geworben und auf die erfolgreiche Regionalisierung in der Nordostschweiz hingewiesen. Sy-

billa Schmid und andere Votanten konnte dies aber nicht überzeugen: «Ich habe nichts gegen eine Koordinierung, aber gegen einen Leistungsabbau in Zug.» Zudem interpretierte sie die Regionalisierung als Rückzug von der Basis und falsche Strategie, um gegen den Mitgliederschwund anzutreten oder gar die vom Regionalisierungsausschuss angepeilte Verdoppelung der Mitgliederzahl anzustreben.

Das Nein bringt Probleme

Das Nein der Zuger Sektion stellt den Vorstand vor Probleme und «erhebliche Mehrarbeit», so Amrein. Insbesondere ist die Regionalisierung bereits auf einigen Ebenen angelaufen, zum Beispiel im Bereich Kasaführung, wie Amrein ausführte. Nach etlichen Verwirrungen beschloss der Vorstand, im Herbst eine ausserordentliche Generalversammlung durchzuführen, an der das Thema Regionalisierung nochmals zur Diskussion gestellt werden soll. Ohne Gegenstimme erteilte die Versammlung dem Vorstand das Mandat, bis dahin weiter in Verhandlung mit den drei anderen Innerschweizer Sektionen zu bleiben.

Im Herbst wird als zweite Variante ein Plan präsentiert werden, der die Möglichkei-

ten eines künftigen Alleinangangs der Sektion Zug absteckt.

Smuv-Vizepräsident Josef Fischer versprach, sich trotz der erlebten Enttäuschung weiterhin «stark für die SMUV-Sektion Zug einzusetzen». Allerdings sei es aus finanziellen Gründen in Zukunft kaum möglich, in Zug für 900 Smuv-Mitglieder ein hauptamtlich geführtes Sekretariat bereitzustellen. Mit dem negativen Entscheid entfällt auch die Schaffung einer sogenannten Sprechstelle in Rotkreuz.

■ Adriano Kupjer

Lange Gesichter beim Vorstand der Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen Smuv an der Generalversammlung vom Freitag im Casino: Die (spärlich anwesenden) Genossenschaftler hatten soeben das Projekt «Gewerkschaft Smuv Region Innerschweiz» mit 33 Nein zu 16 Ja-Stimmen deutlich abgelehnt.

Mangelnde Information

Sektions-Mitglied Daniel Weber betonte anschliessend, dass das Nein kein Misstrauensvotum gegenüber dem Vorstand sei. Vielmehr seien die Gewerkschafter vom Antrag der Zusammenlegung der vier Sektionen Zug, Luzern, Nidwalden und Aargau zu einer gemeinsamen Sektion Innerschweiz überrascht gewesen. Tatsächlich muss der Vorstand die Gründe für die Ableh-

nung auch bei sich suchen: Viele Gewerkschafter hörten an der GV zum ersten Mal von den Regionalisierungsplänen eine vorgängige Orientierung hatte nicht stattgefunden. Die Zusammenstellung der Traktandenliste, auf der das Thema «Regionalisierung» nur als Referat ausgewiesen, die entsprechende Abstimmung gar unter das Traktandum «Wahlen» gestellt wurde, trug zusätzlich dazu bei, die Anwesenden zu verunsichern und die Zusammen-

legung als Schnellschuss zu deuten.

Angst vor Leistungsabbau

«Im Nachhinein muss ich zugeben, dass es wohl besser gewesen wäre, wenn wir eine Orientierungsversammlung durchgeführt hätten. Allerdings war die Zeit hierfür knapp bemessen, da wir das neue Reglement erst an einer Sitzung mit den übrigen Sektionen Ende März definitiv bereinigt haben», bemerkte ein enttäuschter Präsident Ruedi Amrein

Aus der Begrüssung des GBZ-Präsidenten, Bruno Bollinger:

"Die NZZ hat sich im Leitartikel der Samstagsausgabe mit dem Fall Gasser auseinandergesetzt und festgehalten, dass sie das Vorgehen Gassers nicht akzeptieren könne. Hingegen sei das, was Adrian Gasser macht - nämlich die Flexibilisierung der Löhne -, etwas das viele Arbeitgeber anstrebten und das nun mit Gassers Vorgehen in Misskredit gerate. Wer das sagt, ist nicht irgendein Käseblatt, sondern eben die NZZ, die immer noch die wichtigste Arbeitgeber-Zeitung der Schweiz ist.

Viel zu viele Arbeitende wollen aber nicht sehen, was auf uns zukommt. Sie wiegen sich immer noch in der trügerischen Sicherheit, dass es sie nicht treffen wird.

Demgegenüber werden die Unternehmer immer frecher und stellen wichtige Errungenschaften der Lohnabhängigen in Frage. Denn die Unternehmer erleben es tagtäglich, dass die Direktbetroffenen so ziemlich alles schlucken, was ihnen serviert wird.

Und dann, wenn einige den Mut zum Widerstand finden, ist es meist zu spät, wie bei der Spinnerei Kollbrunn. Gasser hat inzwischen die Verhandlungen platzen lassen. Die Begründung: Seine Ehre sei nicht wiederhergestellt worden. Er hat wieder einmal bewiesen, dass man ihm nicht trauen kann.

Aber immerhin: Diese Kolleginnen und Kollegen haben die Genugtuung, dass sie den Betrieb mit erhobenem Kopf verlassen können. Sie können stolz darauf sein, einem Wirtschaftsvandalen wie Adrian Gasser gezeigt zu haben, dass sie sich nicht alles bieten lassen. Die Belegschaft der ehemaligen Spinnerei an der Lorze in Baar kann das von sich nicht behaupten.

Wir müssen den Kolleginnen und Kollegen wieder klarmachen, dass es nicht mehr genügt, die Verteidigung ihrer Rechte und Interessen den Gewerkschaften zu delegieren. Wir Gewerkschaften müssen mit ihnen zusammen wieder den Mut finden, die Faust aus dem Sack zu nehmen, um den Arbeitgebern wieder sagen zu können, wie sie mit uns umgehen dürfen und wie nicht."

Hans Eberli ist aus dem Vorstand zurückgetreten. Er war seit 1982 Kassier.

Hans Suter ist ebenfalls zurückgetreten. Er war seit 1987 im Vorstand.

Arthur Weiss hört Ende April 1994 als SMUV-Sekretär auf und geht in Pension. Seit 1971 war er auch GBZ-Sekretär.

Zuger Zeitung Donnerstag, 7. April 1994 Nr. 80

«Schlechte» Beispiele auch aus Zug

Der Zuger Gewerkschaftsbund kritisiert die Entwicklung der Unternehmenskultur

Der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug sieht das Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in ein Zeitalter des «Nacharbeitsfriedens» eingetreten. Dies geht aus dem Jahresbericht des GBZ hervor. Darin kritisiert der GBZ nicht nur einen scheinbaren Zerfall der Unternehmenskultur bei Privaten. Auch beim Staat hätten es Gewerkschaften schwer.

rs. Trotzdem man bereits wieder von einer Erholung der Konjunktur spreche, könne niemand erwarten, dass dies umgehend auch zu einer Abnahme der Arbeitslosigkeit führe. Dies legt der GBZ seinem diesjährigen Rechenschaftsbericht zugrunde. Für den Kanton Zug werden Zahlen von 2000 bis 5000 zumindest für einige Zeit arbeitslose Personen genannt. Doch für den GBZ ist die Krise im Grunde «hausgemacht». Er folgt den Thesen einiger Ökonomen - unter

ihnen der Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes Serge Gaillard -, die davon ausgehen, dass die schweizerische Krise vor allem von einem Rückgang der Nachfrage aus der Schweiz verursacht wurde. Verschärft wurde die Rezession nach Ansicht des GBZ durch eine tiefe Baukrise, welche durch die hohen Boden- und Liegenschaftspreise und durch die ausserordentlich lange Phase restriktiver Geldpolitik vertieft worden sei. Darüber hinaus hätten wirtschaftspolitische Fehler im vergangenen Aufschwung und in der Rezession die Probleme verschärf.

Ende des Arbeitsfriedens?

Für den GBZ ist es klar, dass die Unternehmer ihre Deregulierungspolitik weiterführen und arbeitsvertragliche Regelungen aufgehoben und die Lohnkosten gesenkt werden. So würden viele Anzeichen darauf hindeuten, dass man in ein Zeitalter des «Nacharbeitsfriedens» eintrete, wobei

der Arbeitsfriede namentlich für die Unternehmer nicht mehr existiere, weil sich die Unternehmer nicht mehr daran hielten. Es würden die Generalarbeitsverträge angegriffen, mit dem Ziel, sie zu liquidieren, oder ausgebaut und in Rahmenverträge umgestaltet. Die Gewerkschaften würden als Störenfriede ausgebootet.

Die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer sei jedoch weitgehend auch auf die Passivität der Werk tätigen zurückzuführen. Beispiele für eine wenig hoffnungserweckende Unternehmenskultur findet der GBZ auch im Kanton Zug.

Gasser und L&G

Zum einen nennt er das Vorgehen Adrian Gassers im Zusammenhang mit der schrittweisen Liquidierung der Spinnerei an der Lorze.

Doch auch die herrschende Unternehmenskultur der Landis & Gyr AG kritisiert der GBZ. Das Ziel der Unternehmung sei einzig, eine immer

grössere Rendite aus dem Betrieb zu holen, wobei seit Jahren all jene Abteilungen oder Bereiche, die nicht optimal rentierten, entweder ausgelagert oder geschlossen würden. Gleichzeitig meldet die Fima Jahr für Jahr immer bessere Abschlüsse, ohne dass aber die volle Teuerung ausgeglichen werde. Die Lohnerhöhung erfolge fast nur noch auf individueller Ebene.

Auch halte das Landis-&Gyr-Management trotz guter Abschlüsse an ihren Abbaumassnahmen fest und schliesse weitere Entlassungen nicht aus.

Doch auch die Entwicklung der Unternehmenskultur des Staates verfolgt der GBZ mit Besorgnis. Auch beim Staat hätten es die Gewerkschaften zurzeit schwer, sich Gehör zu verschaffen.

Darüber, wie die Gewerkschaften aber den Herausforderungen begegnen sollen, scheinen nicht zuletzt im Schweizerischen Gewerkschaftsbund die Meinungen auseinanderzugehen.



Die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer liege auch an der fehlenden Reaktion der Arbeitnehmerschaft. Bild pd

An der GBZ-Delegiertenversammlung wurde einstimmig beschlossen, das linke Wahlbündnis zu unterstützen. Auf diesen Beschluss werden wir im nächsten GBZ-Info zurückkommen.

GBZ unterstützt linkes Wahlbündnis

Referatung 22.4.94
 Delegierte des Gewerkschaftsbundes wählen neues Vorstandsmitglied

Die Delegiertenversammlung des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zug (GBZ) beschloss, für den Wahlherbst 1994 auf der Ebene Exekutive das links-grüne Bündnis und für die Legislative BGZ-orientierte Kandidaten zu unterstützen. Zwei neue Vorstandsmitglieder wählte die Versammlung, und Doris Balmer, Bildungssekretärin des Verbandes Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter (VHTL), stellte in ihrem Referat Wege zur Verbesserung der Berufsbildung nach drei- oder vierjährigen Lehren vor.

«Zu viele Arbeitnehmer wollen nicht sehen, was auf uns zukommt. Immer noch wöhnen sie sich in einer trügerischen Sicherheit, dass es sie nicht treffen wird.» Bruno Bollinger begrüßte mit diesen Worten die Delegierten. Worauf er abzielte, wurde schnell deutlich: die aktuelle Ar-

beitsituation. Der GBZ-Präsident rollte sie auf und stellte dabei fest, dass immer mehr Unternehmer wichtige soziale Errungenschaften ihre Lohnbezüger in Frage stellen und die Direktbetroffenen auf die Entscheidung kommentarlos reagieren. Bollinger tritt für Widerstand und Mut ein. Der Fall Spinnerei Kollbrunn ist dafür ein exemplarisches Beispiel, sagte er. Auch wenn der Widerstand der Arbeitnehmerschaft nicht immer zu greifbaren Resultaten führe, dürfe sie mindestens in der Gewissheit leben, dass sie unlauteren Machenschaften die Stirn geboten habe. Daraus resümiert Bruno Bollinger, dass die Verteidigung von Rechten und Interessen nicht allein Sache der Gewerkschaften sein kann.

Wahlempfehlung

Damit Gewerkschaftsinteressen und -anliegen in der Exekutive und im Parlament gut und stark vertreten würden, unterbreitete Josef Lang na-

mens der Verhandlungsrunde SP/SGA-Alternative der DV einen Antrag mit Empfehlungen für die Wahlen vom kommenden Herbst. Die GBZ wird somit die gemeinsame Liste des linken Wahlbündnisses auf der Ebene Kantonal und Kommunale Exekutive unterstützen. Dagegen bei den Wahlen in die Legislative, bei denen keine Listenverbindung eingegangen wird, jene Nominationen berücksichtigen, die neben formellen Kriterien der Mitgliedschaft auch inhaltlich zu den wesentlichen Gewerkschaftsanliegen stünden.

Veranstaltungen

Nach zwölf Jahren Kassiertätigkeit im Vorstand trat Hans Eberli ins zweite Glied. Sybilla Schmid übernahm das Rechnungsführeramt. Ebenfalls reichte Hans Suter, BGI-Sekretär, nach sieben Jahren Vorstandsarbeit seine Demission ein. In Juan Gonzalez, BGI-Funktionär, wurde der geeignete Nachfolger gefunden.

Auf die 1.-Mai-Veranstaltung auf dem Landsgemeindeplatz mit den Regierungsratskandidatinnen Sybilla Schmid und Monika Hutter-Häfliiger als Rednerinnen wies Bruno Bolliger im Traktandum Varia hin und Sybilla Schmid kündigte für den 6. Mai eine Vortragsveranstaltung zum Thema «Arbeitslosigkeit – wie weiter?» mit Nationalrätin Christiane Brunner als Referentin an.

Neue Wege für den Bereich Berufsbildung waren Themen des Referates «Reform der Berufsbildung» mit Doris Balmer als Referentin. Die Bildungssekretärin des VHTL umriss die aktuelle Lage und zeigte mögliche Wege auf, wie die Situation verbessert werden könnte. Erneuert werden sollte das Berufsbild in erster Linie im Bereich drei- und vierjähriger Lehren. Im Sinne einer besseren Chance auf dem Arbeitsmarkt soll den weiterführenden Ausbildungen, der Weiter- und der praxisorientierten Ausbildung vermehrt Beachtung geschenkt werden.

Gewerkschaftsbund (GBZ) des Kantons Zug

Für SP und SGA

Die Mitglieder des GBZ unterstützen bei den Herbstwahlen die gemeindlichen und kantonalen SP/SGA-Exekutiv-Listen.

Auf Antrag des Delegierten des Verbands Personal Öffentlicher Dienste (VPOD), Josef Lang, beschlossen die im «Bären» in Zug tagenden Mitglieder des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zug, bei den Legislativ-Wahlen insbesondere die Gewerkschaftsmitglieder zu unterstützen. Das heisst, Mitglieder, «die neben dem formellen Kriterium der Mitgliedschaft auch inhaltlich zu den wesentlichen Gewerkschaftsforderungen stehen können», führte Josef Lang in seinem Antrag zu den Erneuerungswahlen des kommenden Herbstes aus. Im weiteren stellte der Politiker fest, die Gewerkschaften hätten das Interesse, dass ihre Anliegen, nämlich in der Regierung, den Gemeinderäten und den Parlamenten möglichst gut und stark vertreten werden.

Insbesondere sollen die Regierungsratskandidaten Urs Birchler und Monika Hutter von der SP sowie Hanspeter Uster und Sybilla Schmid von der SGA unterstützt werden. «Es ist wichtig, dass wir uns für die Linke Liste stark

machen. Mit einem dritten Sitz in der Regierung wäre das Ausländerstimmrecht oder das Beamtengesetz nicht so negativ ausgefallen», fügte GBZ-Präsident Bruno Bollinger bei.

Statutarische Geschäfte

Eingangs der gestrigen Tagung befasste sich Bruno Bollinger mit dem Fall Gasser und lobte die Gewerkschafter, welche bei der Spinnerei in Kollbrunn den Mut hatten, gegen Adrian Gasser aufzutreten. «Diese Kolleginnen und Kollegen haben die Genugtuung, dass sie den Betrieb mit erhobenem Kopf verlassen können. Sie dürfen auch stolz darauf sein, dem Wirtschaftsvandalen Gasser gezeigt zu haben, dass sie sich nicht alles bieten lassen. Die Belegschaft der ehemaligen Spinnerei an der Lorze in Baar kann das von sich nicht behaupten.

Im Rahmen des Wahlgeschäfts wurde Bruno Bollinger und der Vorstand mit Vizepräsidentin Josy von Wyl, Hans Rüegg, Sybilla Schmid, Pietro Panico und Toni Gschwind für eine weitere Amtsdauer gewählt. Anstelle des zurücktretenden Kassiers, Hans Eberli, der dieses Amt über ein Jahrzehnt ausgeübt hatte, wählten die Versammelten Sybilla Schmid. Die Tätigkeit des zurücktretenden BGI-Sekretärs Hans Suter übernimmt Juan Gonzalez. In besonderem Masse wurde Arthur Weiss geehrt, der auf Ende April als Gewerkschaftssekretär in den Ruhestand tritt.

Lösungswege

Die Jugendkommission des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB versucht in ihrem «Berufsbildungskonzept» neue Lösungswege aufzuzeigen. Verschiedene positive Ansätze zu einer wirklichen Reform sind laut Doris Balmer zur Zeit in Vorbereitung oder bereits realisiert, so etwa die Berufsmatura, welche in den technischen Berufen im letzten Sommer gestartet wurde. Hingegen sei die Umwandlung von Höheren Technischen Lehranstalten (HTL) in sogenannte Fachhochschulen noch nicht vollzogen. Die SGB-Jugendkommission hebt in ihrem Konzept vier Bereiche in der Berufsbildung besonders hervor: eine breitere Grundausbildung, die Verbesserung der Praxisausbildung, eine Aufwertung der Berufsschulen zu Qualifikationszentren und die Förderung der Weiterbildung auch nach der Lehre. Doris Balmer führte aus, dass bis zum 30. Altersjahr jeder Mann und jede Frau ein Jahr Weiterbildung zugute haben sollte, ohne deswegen die Stelle zu verlieren oder in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten, da diese Zusatzqualifikation durch den Arbeitgeber bezahlt würde.

Gewerkschaftsbund

Thema Weiterbildung

LN. Im Rahmen der Delegiertenversammlung des Gewerkschaftsbundes vom vergangenen Mittwoch im Restaurant Bären in Zug hielt die Jugendsekretärin des Verbandes der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter (VHTL), Doris Balmer, ein Referat unter dem Titel «Reform der Berufsbildung». Doris Balmer wies in einem ersten Teil vor allem darauf hin, dass das heutige Berufsbildungssystem an Grenzen stosse. Es gäbe immer mehr Jugendliche, die nach der obligatorischen Schulzeit keinen anerkannten Lehrabschluss machen könnten oder machen wollten. Zur Zeit seien dies rund 10 Prozent. Einen in jungen Jahren verpassten Lehrabschluss später noch nachzuholen, sei mit grossen Anstrengungen verbunden.

GBZ-Präsident Bruno Bollinger eröffnete die 1. Mai Feier:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer

Ich begrüße Euch alle zur diesjährigen 1. Mai-Feier. Wie üblich wird es kulturell vielfältig zu und her gehen.

Die Zuger Band CADIZIER hat den Anfang gemacht. Sie werden am Schluss noch einmal auftreten.

Traditionellerweise werden am 1. Mai auch Reden gehalten. Heute werden Monika Hutter und Sybilla Schmid sprechen, die zwei Kandidatinnen der gemeinsamen Liste der Zuger Linken für die Regierungsratswahlen.

Am 1. Mai geht es um die Solidarität der Lohnabhängigen. An diesem 1. Mai geht es um die Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen von Kollbrunn. Ihnen ist nichts anders mehr übrig geblieben, als dem

Wirtschaftsvandalen Gasser die kollektive Kündigung zu präsentieren. **Wir sind dazu aufgefordert, unsere Solidarität mit einer Geldsammlung zu konkretisieren.** Einige Kolleginnen und Kollegen werden mit Sammelbüchsen herumgehen.

Dabei geht es aber nicht nur um eine Geldspende. Die Kolleginnen und Kollegen von Kollbrunn verdienen unsere Unterstützung, weil sie auch für uns kämpfen. Sie gehören zwar zu den Schwächeren der Schwachen und mussten bei Gasser zu Hungerlöhnen arbeiten. Trotzdem haben sie den Mut gefunden, Nein zu sagen, so nicht mit uns!

Kolleginnen und Kollegen,

wann finden auch wir denn endlich den Mut, die Faust nicht nur im Sack zu machen, sondern uns gegen all die Kleinen und Grossen Gasser zur Wehr zu setzen? Oder glaubt jemand hier auf diesem Platz, das hätten wir nicht mehr nötig?

«Der 1. Mai ist ein Tag der Solidarität aller Benachteiligten»

Am 1. Mai wird der Tag der Arbeit gefeiert. Einst ein sozialistischer Arbeitertag klassenkämpferischen Gepräges, hat er heute an Bedeutung verloren. Karl Etter und Thomas Kutschera befragten Gewerkschafter und Linke sowie Arbeitneh100/17bmer nach der Bedeutung des 1. Mais.



**Josef Lang,
Zug**

“ Der 1. Mai wird seit über 100 Jahren als Tag der Arbeit gefeiert. In Deutschland wurde er während der Weimarer Republik zum Feiertag erklärt. Er ist für mich ein Tag der Solidarität aller Benachteiligten, Unterdrückten und Ausgebeuteten gegenüber den Mächtigen. Auch wenn der Graben zwischen diesen Lagern nicht mehr so tief zu sein scheint, braucht es diesen Ausdruck der Solidarität, erst recht in einer Zeit, wo die Gesellschaft immer mehr auseinanderfällt. ”

Josef Lang ist Präsident der Sozialistisch-Grünen-Alternative (SGA) des Kantons Zug.



**Antoinette Bossard,
Zug**

“ Der 1. Mai ist für die meisten Detaillisten in der Regel ein normaler Arbeitstag, weil er nicht zu den kantonalen Feiertagen zählt. Für alle Geschäfte und Restaurants ist dieser Tag, wenn er nicht wie dieses Jahr auf einen Sonntag fällt, ein relativ umsatzstarker Tag. Ich persönlich werde dieses Jahr den 1. Mai als Monatsanfang geniessen und bei schönem Wetter an die frische Luft gehen. ”

Antoinette Bossard ist Präsidentin der Vereinigung Pro Zug.



**Bruno Bollinger,
Baar**

“ Der 1. Mai ist ein traditionelles Datum, darf aber nicht zu einem Muss-Datum verkommen mit dem Eindruck, 'damals war dies eben noch nötig'. Man muss den 1. Mai immer wieder neu beleben. Heute sind nicht nur 'Rote', sondern überhaupt oppositionelle Kräfte dabei, genau wie ursprünglich die Arbeitenden die Herrschenden darstellten. Gerade die heutige Zeit zeigt, wie nötig der 1. Mai und die Arbeit der Gewerkschaften ist und dass die Gewerkschaften nicht einfach eine Lohnmaschinerie sind. ”

Bruno Bollinger ist Präsident des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zug.



**Stephan G. Schibli,
Zug**

“ Ich habe seit meiner Jugend den 1. Mai immer mit arbeiten begangen und bin mit Dennis Gabor, dem Entwickler der Holographie und Nobelpreisträger 1971, einig, dass für die Mehrheit der Menschen Arbeit die einzige Zerstreuung ist, welche auf die Dauer ausgehalten werden kann. ”

Stephan G. Schibli ist Präsident des Handels- und Dienstleistungsverbandes (HDV) Zug.



**Hanspeter Uster,
Baar**

“ Am 1. Mai versammeln sich die Gewerkschafter, zu denen auch ich gehöre. Ich finde es wichtig, dass dieser Tag gefeiert wird. Schade ist es, dass während des Jahres der Gedanke an diesen Tag so wenig Realität wird und auf dem Buckel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gespart wird. Der 1. Mai sollte nicht zu einem Tag wie der 1. August werden, wo man einer Pflicht nachkommt und sonst nichts tut. Es ergeht die Aufforderung, nicht nur am 1. Mai etwas zu machen. ”

Hanspeter Uster ist Zuger Regierungsrat und gehört der Sozialistisch-Grünen-Alternative (SGA) an.



**Peter Wetter,
Walchwil**

“ Der 1. Mai hat heutzutage nur noch symbolischen Charakter. Zur Zeit, als die entsprechenden Feierlichkeiten ins Leben gerufen wurden, hatte der Anlass sicherlich noch seine Berechtigung. Heute aber, wo in der Schweiz das soziale Netz sehr gut ausgebaut ist, hat sein Stellenwert entsprechend abgenommen. Ich denke, dass der 1. Mai auch unter Arbeitnehmern an Bedeutung verloren hat. ”

Peter Wetter ist Präsident des Gewerbeverbandes des Kantons Zug.

Frz. Nachrichten

30.4.94

Nebst der Rockband CADIZIER mit ihrem Song "Blocher halt's Maul", traten auch eine spanische Folklore-Gruppe, Luigi Verta mit italienischen Liedern und ein Kurde mit der traditionellen Gitarre auf. Es ist schwierig zu schätzen, wieviele Leute am 1. Mai teilgenommen haben: Alles in allem werden es aber über 500 Leute gewesen sein (PassantInnen nicht eingeschlossen).

-Am 1. Mai geht es um die Solidarität der Lohnabhängigen. Dieses Jahr speziell mit den Leuten von der Spinnerei Kollbrunn, die den Mut fanden, sich zur Wehr zu setzen.-

■ Bruno Bollinger, Präsident des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zug

1.-Mai-Kundgebung auf dem Landsgemeindeplatz

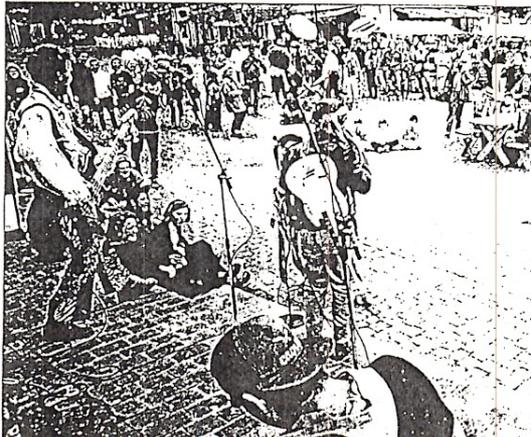
Zuger Nachrichten
2.5.94

Arbeitslosigkeit mit Frieden unvereinbar

Frauenpower an der Zuger 1.-Mai-Kundgebung. Rund 300 Personen hörten zu.

ba. Rauher Wind setzte sich der Zusammenkunft zur traditionellen 1.-Mai-Kundgebung auf dem Landsgemeindeplatz entgegen. Die Windböen wechselten nur für kurze Momente mit wolkenlosen Himmel und etwas Sonnenschein ab. Das Wetter bildete damit symbolhaft die Kulisse zu den Hauptreden von Sybilla Schmid und Monika Hutter, welche für die gemeinsame Regierungskandidatur der Alternativen Fraktion kandidieren. «Am 1. Mai geht es um die Solidarität der Lohnabhängigen. Dieses Jahr speziell mit den Leuten von der Spinnerei Kollbrunn. Sie haben den Mut gefunden, Nein zu sagen und sich zur Wehr zu setzen», sagte Gewerkschaftspräsident Bruno Bollinger in seiner Begrüssung.

«Mentalität des Teilens»
Sybilla Schmid ging in ihrem Referat auf die Kosten, Ursachen sowie Massnahmen der Arbeitslosigkeit ein. «In seinem Wesen bedroht, besitzt das Individuum das Recht auf Verteilung. Deshalb ist Arbeitslosigkeit mit Frieden unvereinbar. Eine Gesellschaft, welche Arbeitslosigkeit duldet, ist daher unverantwortlich. Sie erzeugt Gewalt statt Frieden», hielt die Politikerin fest. Sybilla



Während die Zuger Band «Cadizier» Politik mit Musik machte, ging Regierungskandidatin Sybilla Schmid (rechts) konkret auf die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit ein.



■ Bilder: Christof Borer, K. Borer

Schmid forderte eine Mentalität des Teilens. «Das Geld ist zu sehr in wenigen Händen konzentriert. Die entlohnte Arbeit auf alle zu verteilen, die danach verlangen, ist eine notwendige Massnahme.»

«Gesünder Arbeit vorhanden»
Monika Hutter wies darauf hin, dass nur die Erwerbsarbeit knapper wird. «Arbeit ganzheitlich betrachtet wäre genügend vorhanden», Hutter wies auf Hausarbeit, Betreuung und

soziale Arbeit hin, die nicht oder kaum entlohnt wird. Daraus forderte Monika Hutter: «Männer und Frauen sollten gleichmässiger an bezahlter und unbezahlter Arbeit beteiligt sein. Dazu braucht es mehr Teilzeittellen, Jobsharing, Verkürzung der Arbeitszeit sowie gleiche Löhne für Frauen und Männer.» Die Baarer Politikerin wies auch auf die aufkommende Armut im Kanton Zug hin, die im starken Masse Familien anderer Nationalität, Alleinerzie-

hende und Arbeitslose betrifft.
Bunter Rohmen
Organisiert wurde der Anlass vom 1.-Mai-Komitee, das aus dem Gewerkschaftsbund des Kantons Zug (GBZ), der SP des Kantons Zug, der SGA des Kantons Zug, der Frischen Brise Steinhausen und dem Zuger Arbeitslosentreff (ZALT) besteht. Sie alle waren mit Informationsständen vertreten. Daneben waren auch Kurden und Tami- len mit Schriften und Reso-

lutionen für die Aufnahme ihrer Anliegen. Umarmt wurde die Veranstaltung neben Wurst und Brot auch mit spanischen, tamilischen und türkischen Spezialitäten. Die Zuger Band Cadizier sorgte neben folkloristischen Darbietungen aus Spanien und Kurdistan für den musikalischen Rahmen. Die Band ging in ihren Texten kritisch auf die Entwicklung in Ex-Jugoslawien, das Geldwäschereien, die Ausländerun- gleichheit und den Populismus von Blocher ein.

Montag, 2. Mai 1994, Nr. 101 Zuger Zeitung

«Arbeitslosigkeit ist unvereinbar mit gesellschaftlichem Frieden»

1.-Mai-Feier auf dem Zuger Landsgemeindeplatz mit Appellen und konkreten Vorstellungen

1. Mai - Tag der Arbeit, ein Tag im Zeichen der Erwerbsarbeit und der Forderung nach Erhaltung, gerechter Verteilung und Förderung derselben. Und dies in Zeiten wie diesen, in denen Schlagzeilen über Stellenabbau und Arbeitslosigkeit verursachen und soziale Missstände für Spannung sorgen. 1. Mai im Kanton Zug - ein Nachmittag im Zeichen von Solidarität, politischen Forderungen und multikulturellem Zusammenhocken.

f.w. Keinen leichten Stand hatten gestern nachmittag an der traditionellen 1.-Mai-Feier auf dem Zuger Landsgemeindeplatz die beiden Hauptrednerinnen Sybilla Schmid (SGA) und Monika Hutter (SP), die mit ihren Voten alleine die vordersten Festbankreihen zu erreichen schienen. Je weiter entfernt die Sitzgelegenheiten vom Rednerinnenpodium lagen, desto höher wurde der Geräuschpegel innerhalb der Festbesucherschaft. Nichtsdestotrotz ernteten die beiden Rednerinnen für ihre Bekundungen viel Applaus.

Gerechtere Arbeitsverteilung

Monika Hutter machte auf die ungerechte Verteilung von bezahlter, respektive unbezahlter Arbeit aufmerksam; sie forderte gleichzeitig eine bessere Verteilung derselben sowie die Schaffung von mehr Teilzeittellen in allen Bereichen und Positionen, Verkürzung der Lohnarbeitszeit, damit mehr Zeit für familiäre und gesellschaftliche Aufgaben gewonnen werden könnte, und gleiche Löhne für Frauen und Männer.



Rednerinnen und Redner - hier Sybilla Schmid - forderten an der 1.-Mai-Kundgebung auf dem Zuger Landsgemeindeplatz eine gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit auf die einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Ebenfalls in Hutters Rede Aufnahme fand die Thematik Armut, welche ihre Wurzeln wiederum in der fairen Arbeit zu haben, oder eben über keine Lohnarbeit zu verfügen, habe.

Arbeitslosigkeit gefährdet Frieden
Sybilla Schmid thematisiert am unter anderem auf die Zerrüttung der Identität zu sprechen, welche die Arbeitslosigkeit mit sich bringe. Auf gesellschaftlicher Ebene könne Arbeitslosigkeit den Frieden gefährden. «Arbeitslosigkeit ist ein Angriff der Gesellschaft gegen das Individuum, gegen das menschliche Grundrecht auf eine einschädigende Arbeit, auf Existenz und Würde», stellte Sybilla Schmid fest. In seinem Wesen bedroht, besitzt das Individuum das Recht auf Verteidigung. Deshalb sei Arbeitslosigkeit unvereinbar mit Frieden. Schmid: «Eine Gesellschaft, welche Arbeitslosigkeit duldet, ist daher unverantwortlich, sie erzeugt Gewalt statt Frieden.»

Ahnhilfe könne mit der Verteilung von entlohnter Arbeit geschaften werden. Sybilla Schmid richtete abschliessend einen entsprechenden Appell an private und öffentliche Arbeitgeber, wonach sich diese der Entlassung von Personal widersetzen und statt dessen die Organisation einer gerechten Umverteilung der Arbeit und der Einkommen an die Hand nehmen sollen.

Umrahmt wurden die Hauptreden von weiteren Ausführungen von Kulturischem und einem Konzert der Zuger Band «Die Cadizier». Die Organisation lag beim Kantonalen Gewerkschaftsbund, den Kantonalparteiern der SP, SGA, der Frischen Brise Steinhausen und dem Zuger Arbeitslosentreff.

Bild: Flavian Caacob

Zum Bersten voll war der Saal des Restaurants Brandenburg als Christiane Brunner sprach. Wir schätzen, es waren an die 200 Leute da. Blocher hat zwar mehr Volk mobilisieren können, aber offenbar interessieren sich mehr dafür, gegen alles zu wettern, als über solidarisches Handeln zu diskutieren. Trotzdem haben noch selten so viele Leute (Mehrheit Frauen) an einer gewerkschaftlichen Veranstaltung teilgenommen.

Warnung vor Aushöhlung der Sozialversicherungen

Charismatische und überlegte Christiane Brunner sprach zu den laufenden Revisionen auf Bundesebene

h einer kurzen Verspätung erien die Genfer Nationalrätin und UV-Präsidentin Christiane Brunner mit ihrer legendären Sonnensche am Revers- im Saal des Restaurants Brandenburg in Zug, wo auf Einladung der SMUV-Frauen Gruppe Zug über die Gefahr der Aushöhlung der Sozialversicherungen sprach.

«Donna forte» lobt meine Tischbarin aus Monte Cassino, seit 33 Jahren in der Schweiz. Sie ist grosse Verehrerin von Christian inner. Alles wartet gespannt, part, man hört viel Italienisch. Die sländer seien in der Mehrzahl, tzt die Frau. Da taucht Christian inner unvermutet auf, zwingt sich ch den vollbesetzten Saal. Warner plus. Die Referentin klärt erst das

Sprachenproblem. Das Manuskript war auf Französisch, sprechen tat sie auf Schweizerdeutsch, Bruno Bolliger übersetzte etappenweise auf Italienisch. Streng kontrolliert von Frau Brunner.

Christiane Brunner sprach - sehr kompetent und überlegt - über den Stand der Revisionen bei den Sozialversicherungen. Erst beim Krankenversicherungsgesetz. Sie warnte vor Verwechslungen mit dem Artisanareferendum, das unsolidarisch sei, und bat um Unterstützung für die Krankenversicherungsinitiative.

«Wenn auch die Hälfte unserer Forderungen im neuen Gesetz drin sind, halten wir doch an unserer Initiative fest. Wir möchten auch die Taggeldversicherung für obligatorisch erklären.» Die Initiative wird voraussichtlich im Dezember zusammen mit dem Referendum zur Abstimmung kom-

men. Nächster Punkt in ihren Ausführungen bildete die 10. AHV-Revision. Sie lobte daran, dass der Gleichstellungsgedanke wenigstens im Splitting und in der Anerkennung von Familienarbeit zum Tragen gekommen sei. Doch mit der Erhöhung der Rentenalters nur bei den Frauen war sie nicht einverstanden. «Es geht nicht an, dass allein die Frauen die neuen Leistungen der Altersversicherungen bezahlen. Überdies geht die Revision auch auf Kosten der Jungen. 35'000 Arbeitsplätze müssen für die Frauen zwischen 62 und 64 bereitgehalten werden. Das entspricht der momentanen Zahl der Erwerbslosen zwischen 20 und 25 Jahren.» Sie rief zur nationalen Kundgebung gegen die neue AHV-Revision am 2. Juni in Bern auf.

Die Frage aus dem Publikum, ob die Gewerkschaften das Referendum ge-

gen die Revision ergreifen würde, bejahte sie, auch wenn sie bedaure, dass man dann nicht über Gleichstellung und Finanzierung der AHV getrennt abstimmen könne, wie es die Gewerkschaften und die Linken gefordert hatten.

Die Revision der Arbeitslosenversicherung ALV nannte sie eine gefährliche Entwicklung, die aber seit der Annahme des dringlichen Bundesbeschlusses für Sofortmassnahmen in der ALV durch das Volk fast nicht mehr gestoppt werden könne. «Die Schweiz läuft Gefahr, den im 20. Jahrhundert kontinuierlich aufgebauten Sozialversicherungsgedanken wieder durch das ergänzende Fürsorgesystem abzulösen. Es ist falsch, nur noch nach Bedarf Leistungen auszubehalten und zu hoffen, wenn weniger bezahlt würde, würden die Probleme kleiner. Wir haben alle über Jahre hinweg für

dieses Versicherungssystem bezahlt, jetzt dürfen wir auch diese Versicherungen in Anspruch nehmen, egal ob Einzel- oder Doppelverdiener, ob niederes oder grösseres Einkommen.»



Christiane Brunner: «Meine Kraft seid ihr alle.» Bild Klaus Rüttschi

Zug Zeitung

7.5.94

«Wir müssen die Macht des öffentlichen Drucks wahrnehmen, um die Politik mitzusteuern.»

■ Christiane Brunner, Nationalrätin

Zug Nachrichten 9.5.94

Christiane Brunner sprach in Zug über Wege aus der Arbeitslosigkeit

Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Nationalrätin Christiane Brunner referierte vor Gewerkschaft und Parteien über ihren parlamentarischen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.



Die Genfer Nationalrätin Christiane Brunner hatte in Zug viele Fragen zu beantworten - auch von Kantonsrätin Sybilla Schmid (rechts).

■ Bild Beat Ghilardi

Über 100 Interessierte folgten am Freitagabend dem Aufruf der erst kürzlich gegründeten Frauengruppe der Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen SMUV. Die Gewerkschaftspräsidentin Christiane Brunner sprach vor Gewerkschaftern und Interessierten zum Thema «Arbeitslosigkeit, wie weiter?»

Wichtige offene soziale Fragen sieht Brunner vor allem in den Revisionen der Krankenversicherung, der AHV und der Arbeitslosenversicherung, über welche zur Zeit im Parlament verhandelt wird.

Gegen Artisans-Referendum

Sehr positiv bewertet die Genfer Nationalrätin die Besserstellung der Alternativmedizin, der Mutterschaftsversicherung, den Ausbau der Grundeleistungen und die Abkehr vom Giesskannenprinzip hin zur gezielten Entlastung niedriger Einkommen. Trotzdem sei die Revision verbesserungswürdig, besonders im Hin-

blick auf die Finanzierung und die Taggeldversicherung. Hingegen warnte Brunner vor der Unterstützung des Referendums seitens der Artisans, welche im Gegensatz zur linken Initiative «gegen das Solidaritätsprinzip verstösst und nur sogenannte kleine Risiken versichern will».

AHV-Gleichstellung unerreicht

Im weiteren sprach sich Christiane Brunner gegen die geplante Erhöhung des Frauen-Rentenalters aus, die das Parlament mit der Kostenfrage begründet. Sie

plädierte für ein flexibles Rentenalter, welches die Möglichkeit der Arbeit und Beitragszahlung bis 67 oder die Berechtigung zur Pension ab 62 Jahren bedeutet. «Wir müssen die Macht des öffentlichen Drucks wahrnehmen, um die Politik mitzusteuern», engagierte sich die Gewerkschafterin für eine zahlreiche Teilnahme an der nationalen Kundgebung vom 1. Juni 1994.

Kein Weg aus der ALV-Krise

Die Revision der Arbeitslosenversicherung (ALV) sieht eine Erhöhung der Beiträge

auf drei Prozent für Löhne bis 242 500 Franken vor. Für die Nationalrätin ist dies eine Notwendigkeit zum Schutz gegen Leistungsabbau. Als unhaltbar erachtet Brunner die verstärkte Degression bei Langzeitarbeitslosen, was im Extremfall nach 250 Tagen eine Kürzung auf die Hälfte des ursprünglichen Lohnes bedeute. «Der Bundesrat ist der irrigen Auffassung, dass weniger Leistung weniger Arbeitslose bewirke», bemängelte Brunner. «Doch die ALV ist kein Fürsorgeprinzip, sondern eine bezahlte Versi-

cherung, auf deren Leistung ein Recht besteht.»

Unangesprochen blieben Lösungsmöglichkeiten abseits der parlamentarischen Revisionsverhandlungen. Christiane Brunner betonte zwar die Wichtigkeit der verstärkten Diskussion zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen. Konkrete Wege für politische und wirtschaftliche Voraussetzungen blieben in diesem Referat offen.

■ Alexandra Schiller